



## Das neue Jugendhilferecht muß ein Gesetz für die Jugend werden

Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues MdB zu Fragen des neuen Jugendhilferechts

Am 21. April 1980 trafen sich in der Landvolkhochschule Oesede auf Einladung von Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues (MdB) Mitglieder und Freunde der Jungen Union Georgsmarienhütte. Zur Diskussion stand das neue Jugendhilferecht, welches das gesamtpolitisch wichtigste Vorhaben der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ist. Es gibt einen Regierungs- und einen Bundesratsentwurf (CDU/CSU). In den Führungsgruppen der Parteien ist der Widerwille gegen den Regierungsentwurf inzwischen groß. Die Bundesregierung hat ein Gesetz für bestimmte Berufsgruppen gemacht, die Union will aber ein Gesetz für die Jugend.

Von zentraler Bedeutung, jedoch heftig umstritten, sind folgende Punkte:

- Elternrecht –
- Subsidiarität – (Vorrang freier Träger)
- Selbständiges Gesetz oder Eingliederung in das Sozialgesetzbuch –
- Freie Jugendarbeit –
- Antragsrecht junger Menschen – (ab 14 Jahren)
- Pädagogisch-therapeutische Beratung und Hilfe,
- Angebot alternativer Lebensformen.

Dabei wurden von Prof. Dr. Hornhues klare Akzente gesetzt und betont, daß das Elternrecht Vorrang hat. Der Staat muß in der Jugendhilfe die freien Träger unterstützen. Das Gesetz muß einfach, praktikabel und bürgernah sein. Es soll nachweisbar finanzierbar sein, denn es wird vor allem von Ländern und Gemeinden durchgeführt. Der Staat darf mit diesem Gesetz nicht alles und jedes im Bereich der Jugendhilfe bestimmen können. Geboten ist Zurückhaltung des Staates bei der Festschreibung unerprobter sozialpädagogischer Modelle.

Die CDU, die sich seit Jahren für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe eingesetzt hat, hält es für notwendig, daß alle Bereiche der Jugendhilfe, insbesondere Jugendarbeit und Erziehungshilfen, bei der Reform der gesetzlichen Regelungen den Erfordernissen entsprechend ausgebaut werden.

Weiterhin wurde von CDU-Abgeordne-

ten Dr. Hornhues herausgestellt, daß das Jugendhilfegesetz das z. Zt. noch bestehende Jugendwohlfahrtsgesetz ablösen soll. Das Jugendwohlfahrtsgesetz beruht noch auf dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922. Es wurde jedoch in den Jahren 1953, 1961 und 1970 geändert. Das Jugendwohlfahrtsgesetz ist ein Jugendamtsgesetz und dient fast ausschließlich dem Defizitenausgleich. Es sollte jedoch fast ausschließlich Erziehungsnotstände beheben.

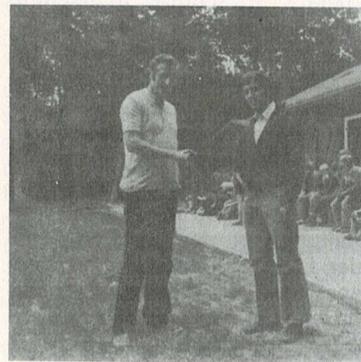
Im einzelnen wurde vom CDU-Wahlkreis-kandidaten Hornhues kritisiert, daß nach dem Entwurf der Bundesregierung die freien Träger der Jugendarbeit vom Staat versorgt werden, d.h. sie werden von der kommunalen Jugendhilfe getragen. Es ist zwar von partnerschaftlicher Zusammenarbeit die Rede, aber es heißt auch in dem Regierungsentwurf in § 98 Abs. 1: "Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe haben für die Durchführung dieses Gesetzes die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung". Weiterhin beanstandete Dr. Hornhues, daß die Familie gefährdet wird. Das Ziel, die Familie durch außerfamiliäre Einrichtungen zu ersetzen, ist erkennbar.

Zur Finanzierung des Jugendhilferechts erläuterte der Bundestagsabgeordnete, daß dieses Gesetz 1982 bereits 134,1 Mill. DM kosten soll. Nach dem Willen der Bundesregierung soll das Gesetz in Phasen verwirklicht werden. In der Endphase wird es jährlich 783,3 Mill. DM kosten, davon 643,5 Mill. DM Personalkosten. Diese Mehrkosten fallen ganz überwiegend auf Länder und Kommunen; der größere Anteil, ca. 80% davon, auf die Gemeinden. – In der Kostenberechnung des Entwurfes des Bundesrates (auf Initiative der CDU/CSU-Mehrheit hin) heißt es, daß durch die Jugendhilfereform einmal Kosten in Höhe von 75 Mill. DM und ab 1987 jährlich laufende Mehrkosten (Sachausgaben) in Höhe von 60 Mill. DM entstehen. Wenn man alle Angebote hochrechnet, so wird dies zu völlig unschätzbaren und absurden Kostenberechnungen

## Auch in diesem Jahr: JU-Zeltlager waren wieder Spitze!

Auch in diesem Jahr waren die Jugendzeltlager der Jungen Union Georgsmarienhütte ein voller Erfolg! Nach einer Mitteilung der Lagerleitung, die auch in diesem Jahr aus dem bewährten Team, dem GMHütter JU-Vorsitzenden Michael Vogt, seinem Stellvertreter Hans Baumann und Ewald Mennewisch, bestand, nahmen in drei einwöchigen Lagern 180 Kinder teil.

Ein umfangreiches Programm erwartete die Kinder in der alten Schule in Malbergen mit Ausflügen, Wanderungen und Spielen sowie Hausbeschäftigungen.



Unterstützung anderer Art für das Zeltlager: der Leiter der Dresdner Bank in GMHütte überreicht stellvertretend für viele andere Spender eine höhere Geldspende an den Lagerleiter Michael Vogt.

Im einzelnen stand auf dem Wochenplan: ein Orientierungsspiel durch Oesede-Nord und durch kleine Pfade des Osterberges, ein Stationslauf durch die benachbarten Wälder und Wiesen, Fußball- und Völkerballturniere, ein Quiz im Heimatmuseum, eine Lagerolympiade auf dem Schulhof, eine Nachtwanderung um die Harderburg mit besonders schaurigen Effekten, Filmveranstaltungen, Discos und ein Bunter Nachmittag. Auch einen Gottesdienst bereiteten die Kinder vor, den sie dann mit Pastor Menke bzw. Revermann feierten. Um auch bei schlechtem Wetter eine frohe Zeit zu verbringen, wurden mehrfach Arbeitsgemeinschaften angeboten, in denen verschiedene Drucktechniken ausprobiert, mit Wäscheklammern und Naturmaterialien gebastelt und Blumentöpfe mit Ornamenten verschönert wur-



Gruppenbild für den Bundestags-Abgeordneten! Zuvor hatte Dr. Hornhues dem Lagerleiter Michael Vogt (rechts) einen Korb Grillwürsten überreicht.

den. Andere Gruppen stellten Postkarten in einem Batikverfahren her und nahmen ein Kriminalhörspiel auf Tonband auf, nachdem sie es zuvor selbst geschrieben hatten.

Höhepunkte in den Lagern waren ein Besuch beim Deutschen Schäferhundeverein in Georgsmarienhütte, der Vorführungen mit seinen Wach- und Schutzhunden durchführte, eine Besichtigung des großen Bauernhofes Stavermann in Malbergen, wobei die Familie Stavermann kaum eine Frage der Kinder offenließ und ein großer Ausflug zum Traumlandpark mit Dinosauriermuseum bei Bottrop.

Die 60 Kinder pro Lager wurden in kleine Gruppen aufgeteilt, die von jeweils einem oder zwei Betreuern geführt wurden. Pro Lager nahmen 12 - 15 Betreuer, Helfer bzw. Lagerleiter teil, die alle ehrenamtlich mitwirkten.

Die Lager der JU, zu denen die teilnehmenden Kinder pro Woche nur 20 DM zahlen müssen, sind in jedem Jahr auf die großzügige u. tatkräftige Unterstützung vieler Behörden, Organisationen, Firmen und Einzelpersonen angewiesen.

So stellt die Stadt Georgsmarienhütte die ehemalige Schule und das dazugehörige Grundstück zur Verfügung.

Die 5th INNIS DG der britischen Streitkräfte unter Lt. Col. Ansell stellen auf Vermittlung des Verbindungsoffiziers Mc Kitrack das Großzelt zur Verfügung, in dem alle Jungen untergebracht werden können.

Zahlreiche Geld- und Sachspenden von GMHütter Firmen und Einzelpersonen machten darüber hinaus erst die Finanzierung dieser Ferieneinrichtung

möglich, die von der Jungen Union seit 1974 betrieben wird.

Ob diese Zeltlager im nächsten Jahr noch in Malbergen durchgeführt werden können, ist zweifelhaft, denn es gibt konkrete Planungen, das sonst im Jahr leerstehende Gebäude dem Deutschen Roten Kreuz als Rettungswache zur Verfügung zu stellen. Bereits heute sucht der Vorstand der Jungen Union nach einem geeigneten Haus

### Rad- und Fußweg von Kloster Oesede nach Oesede – ein kommunalpolitischer Dauerbrenner

Der Gedanke, zwischen den Stadtteilen Kloster Oesede und Oesede einen Rad- und Fußweg anzulegen, ist anfangs der 70er Jahre im Vorstand und Aufsichtsrat der inzwischen aufgelösten Elektrizitätsgenossenschaft Kloster Oesede-Dröper geboren. Hier machte man sich Gedanken, wie für die erheblichen zusätzlichen Konzessionsabgaben der Nike Osnabrück an die Stadt Georgsmarienhütte ein finanzieller Ausgleich für die Bürger unserer Stadt geschaffen werden könnte, die bislang von der Elektrizitätsgenossenschaft erhebliche Rückvergütungen auf ihren Strompreis erhalten hatten. Ein Weg entlang der Düte, losgelöst vom starken Fahrzeugverkehr auf der L 95, das war eine Idealvorstellung.

Bei weiterer Verfolgung dieses Vorhabens stellten sich jedoch beachtliche Schwierigkeiten heraus:

Einschnitte in geschlossene Parzellen infolge der Dütemäander, Gründungsprobleme, Erschwernisse bei Räumung der Düte und nicht zuletzt eine Führung durch einsames Gelände mit dem großen Risiko, daß dieser Weg nicht angenommen würde. Hier spätestens wurde diese Planung zu den Akten gelegt. Inzwischen trat das Straßenbauamt mit der Vorstellung auf den Plan, daß bei Ausbau der L 95 ein Rad- und Fußweg auf beiden Seiten der Landstraße angelegt würde. Leider war ein Termin für diese sicher optimale Lösung nicht in Sicht.

So wurde vom Rat der Stadt Georgsmarienhütte der Versuch unternommen, im südlichen Nebenraum der L 95 einen einseitigen Rad- und Fußweg anzulegen unter Einbeziehung des sich schon im Be-

mit großem Grundstück in GMHütte u. Umgebung (Kotten, Ferienhaus, Fabrik o.ä.), das nicht einmal geeignete Sanitäranlagen haben müßte, da sie mitgebracht werden können. Wer der JU helfen kann oder Vorschläge hat, möge sich bei Michael Vogt, Schoonebeekstr. 38, 4504 Georgsmarienhütte, Telefon 05401/41684 melden.

stand des Straßenbauamtes befindlichen Geländestreifens. Zusätzlich erforderliche Grundstücksflächen wollte man von den Eigentümern anpachten, um so zu einer Übergangslösung zu kommen. Der Radweg sollte von der Fahrbahn der L 95 durch einen Sicherheitsstreifen abgegrenzt werden. Gegen diese Möglichkeit sprach sich das Straßenbauamt aus mit der Begründung, daß diese Abgrenzung wegen Unfallgefährdung nicht hingenommen werden könne. Ferner gebe es ja, wie bereits in der letzten "Stadt im Werden" berichtet, für die Schüler die Möglichkeit, den eingesetzten Schulbus zu benutzen! Über den Wert dieser Aussage soll hier nicht gerichtet werden.

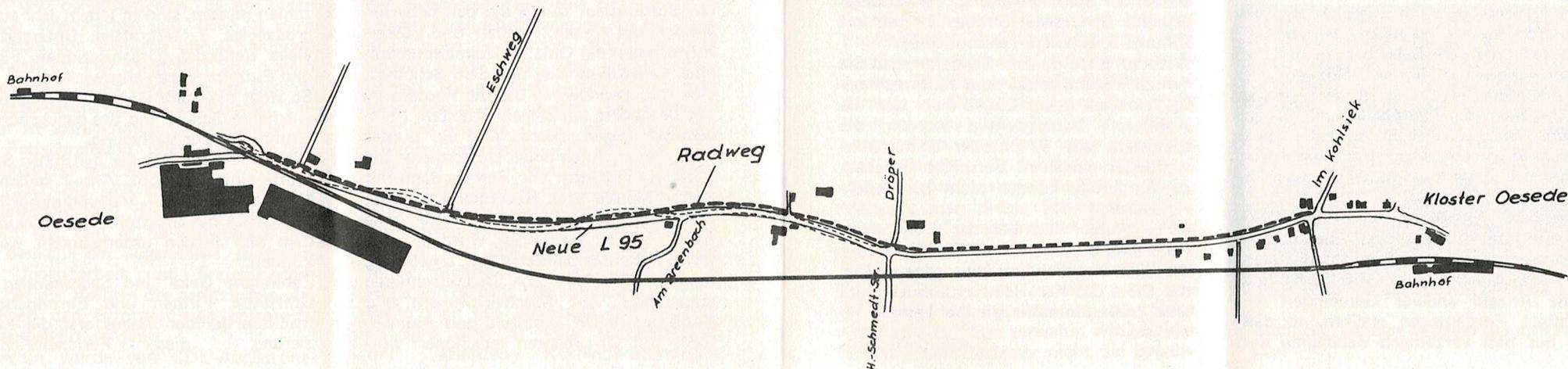
Als nächste Variante wurde nun in einer Verwaltungsausschußsitzung mit allen Grundstückseigentümern südlich der L 95 die Frage ventiliert, ob sie bereit seien, unmittelbar nördlich der Bahnlinie die für einen Radweg erforderlichen Grundstücksflächen zur Verfügung zu stellen. Diese Variante wurde für wenig glücklich gehalten, da einmal nach geltenden Spielregeln der Abstand der zum Bahnkörper einzuhaltenen Entfernung erhebliche Flächen erfordern würde und auch die Entwässerung der Grundstücke, die alle nach Süden erfolgen, erhebliche Schwierigkeiten und Kosten erfordern würden.

Die anwesenden Grundstückseigentümer erklärten sich jedoch ausnahmslos bereit, den südlich der L 95 für einen Radweg erforderlichen Geländestreifen mit klarer

Abgrenzung zur Landstraße zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Bereitschaft war nun endlich ein Argument gegenüber den zuständigen Behörden gegeben, einen sofortigen Ausbau des Rad- und Fußweges südlich der L 95 zu fordern.

Inzwischen ist das Landesverwaltungsamt in Hannover tätig geworden. Mit den Grundstückseigentümern sind die Verhandlungen positiv verlaufen. Es besteht mit Hannover Übereinstimmung, ab Bahnübergang bei Wiemann die Fahrbahn einschließlich eines Rad- und Fußweges bis östlich der Busenkurve auszubauen, darüber hinaus wird der Rad- und Fußweg bis zur Straße "Im tiefen Siek" im Stadtteil Kloster Oesede fortgeführt. Die Ausbaubreite beträgt für die freie Strecke zwischen Oesede und Kloster Oesede 2.50 m im Bereich von Kloster Oesede ist diese Breite jedoch nicht einzuhalten. Dort muß sich der Ausbau an der Machbarkeit orientieren. Die Maßnahme wurde in der Bedarfsplanung in die 1. Dringlichkeitsstufe eingestuft. Im Klartext heißt das für den Verfasser dieses Artikels, daß die Fertigstellung des noch nicht ausgebauten Teiles der L 95 zwischen Oesede und Kloster Oesede einschließlich eines Rad- und Fußweges an der Nordseite vom Bahnübergang Wiemann bis zur Straße "Im tiefen Siek" bis 1981 erfolgen wird.

Alex Warner



## Aus der Fraktion . . .

Das Fehl an Sportflächen sowohl im Freien wie in der Halle drückt besonders am sogenannten Schülerberg. Nur durch Bustransfer zu den Turnhallen in Harderberg bzw. Oesede können die Schüler der Sonderschule einen kleinen Teil ihrer Sportstunden abwickeln. Elternvertretungen und Schulleitungen haben sich an den Träger der Schulen, an den Landkreis Osnabrück und an die Stadt gewandt. Immer wieder zeigten Kreistagsabgeordnete und Stadtratsmitglieder die prekäre Situation auf. Besonders die Aktivitäten der CDU Mandatsträger ermöglichten die Anfinanzierung der Freisportanlage und neuerdings auch den vorzeitigen Bau der Turnhalle. Zwischen dem Landkreis und der Stadt wurde nach intensiven Beratungen ein Vertrag geschlossen, aus dem die wichtigsten Passagen kurz genannt sind: BAUPLANUNG 1980, BAUAUSFÜHRUNG 1980/81, FERTIGSTELLUNG 1.8.81, GRÖSSE 27x45 MIT TRIBÜNE, GESAMTPLANUNG und BAULEITUNG liegen bei der STADT.

Hoffen wir auf die Realisierung dieser Daten, viel Zeit verbleibt nicht mehr. Schwierigkeiten kann die Konzeption der "Mehrweckhalle" bereiten, denn die Stadt Georgsmarienhütte wird aus finanziellen Gründen nicht die Gesamtplanung der Mehrweckhalle bis zum 1.8.81 realisieren können. Deswegen wird eine Konzeption erarbeitet werden müssen, nach der die Sportfläche zum o.g. Termin fertiggestellt ist, nach der die Baumaßnahmen für den Mehrweckbereich aber in Bauabschnitten angegangen werden. Bedarf und finanzielle Belastbarkeit sind die entscheidenden Kriterien. Notwendiger als die Mehrweckhalle ist nämlich die Beseitigung des Turnhallenbedarfs in Oesede Süd. Die O-Stufe leidet seit Jahren an diesem Mangel. In der kommenden Wahlperiode muß er beseitigt werden.

Zwar hätte die Stadt, hätte die Mehrheitsfraktion das Vorhaben eher gestartet, doch nach dem Prioritätenkatalog der Kreisschulbaukasse, in dem eine große Anzahl anderer Gemeinden berechnete Forderungen stellten, so daß wir nur den vorzeitigen Baubeginn der

Halle im Schulzentrum durchsetzen konnten, ist ein früherer Termin nicht vorgesehen. Auf die Landesmittel und auf die Hilfe der Kreisschulbaukasse kann auch Georgsmarienhütte nicht verzichten. Für den Stadtteil Oesede heißt es: **Nächste Wahlperiode!**

Damit ist sicherlich zwei Schülergenerationen in der O-Stufe nicht gedient, doch gehören bittere Wahrheiten auch zum Alltag der CDU Fraktion. Wir werden – und das ist unser Versprechen – alles tun, um in der Prioritätenliste des Kreises doch noch weiter nach vorn zu kommen. Die Halle im Schulzentrum ist der beste Beweis.

CDU Fraktion  
Heinz Lunte

## Briefwahl

Die Wahllokale sind am 5. Oktober 1980 von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. Falls es Ihnen nicht möglich ist, in dieser Zeit wegen Krankheit, Gehbehinderung, Urlaub oder einem anderen Grund Ihr Wahllokal aufzusuchen, machen Sie bitte unbedingt von der Briefwahl gebrauch!

Bis zum 14. September geht allen wahlberechtigten Bürgern von Georgsmarienhütte eine Wahlbenachrichtigung zu. Auf der Wahlbenachrichtigung ist das für Sie zuständige Wahllokal angegeben und enthält einen Antrag auf Zusendung der Briefwahlunterlagen.

Die Briefwahl beginnt am 15. September. Wer sich die Briefwahlunterlagen nicht per Post zusenden lassen möchte, kann sie bei der Stadtverwaltung, Verwaltungsgebäude II, Oeseder Straße 77, Wahlamt Zimmer 3, abholen. Telefon: 5051.

Wichtig: Bitte denken Sie daran, daß Sie "Ihren" Stimmzettel ausgefüllt rechtzeitig zurücksenden. Es können nur die Wahlbriefe berücksichtigt werden, die spätestens am 5. Oktober beim Kreiswahlleiter eingehen! Verspätet eingehende Wahlbriefe können nicht berücksichtigt werden!

Jeder Wähler hat bei der Bundestagswahl zwei Stimmen! **Eine Erststimme** für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten (bei der CDU Dr. Karl-Heinz Hornhues), und **eine Zweitstimme** für die Wahl einer Landesliste.

Günter Hohaus

führen.

Dieses Argument ist besonders unter dem Aspekt schwindelerregender Höhe von Staatsverschuldung zu nennen und das für ein Gesetz, das nach Vorstellung der Union und vieler Mitbürger nur unzureichend dem Bedürfnis derjenigen zugeht, für die es angeblich gedacht ist.

## Auf ein Wort . . . . .

gig ist wieder da, erfreut hat die CDU Fraktion das Erscheinen des politischen Konkurrenzblattes registriert und wünscht der SPD mit diesem Blatt ein längeres Stehvermögen als mit dem Vorläufer. Warum?

Weil der politische Gegner nicht nur schwarz weiß malen und nicht nur in Werbesprüchen agieren kann, weil der politische Gegner sachlich berichten muß. Auf die letzte Begründung legen wir Wert und beschäftigen uns deshalb auch nicht mit der Erklärung zum Erscheinen der gig. Zu fadenscheinig ist sie.

Nicht widerspruchlos darf jedoch der Artikel über die verlorenen Normenkontrollverfahren bleiben. Tendenziös soll doch wohl gesagt werden: Die Mehrheitsfraktion hat drei Normenkontrollverfahren verloren, da die sachliche Auseinandersetzung hinter kommunalpolitischen Gruppeninteressen zurückstehen mußte, da das "Miteinander" bei der Planung nicht gegeben sei.

Gewollte Tendenz oder Unwissenheit beim Verfasser des Artikels muß man fragen?

Schade, denn der Bürger weiß, daß die Entscheidung über den Stadtring, über das Sanierungsgebiet Osterberg mit zahlreichen SPD Stimmen, teilweise sogar einstimmig im Rat gefallen sind. So einfach kann man sich nicht aus der Verantwortung stehlen, so einfach kann man nicht als politischer Saubermann auftreten, den die Prozeßkosten schmerzen.

Verspürt man diesen Schmerz auch in anderen Aufgabenbereichen? Kennt man z.B. die Höhe der Prozeßkosten anderer Kommunen, vielleicht der Stadt Osnabrück? Erst dann erkennt man, wie bürgernah, wie gerichtsfern die Stadt Georgsmarienhütte verwaltet wird. Leider erwähnt der Verfasser nicht die Begrün-

dung des Verwaltungsgerichts zur Hochstraße.

Schade, denn dann würde der Bürger erfahren, daß gerichtlich die sog. weiße Fläche jetzt im Bebauungsplan ermöglicht wurde (Freiraum für spätere Trasse), die bei der Aufstellung des Bebauungsplanes durch Aufsichtsbehörden abgelehnt war.

Leider sagt der Verfasser auch nichts über die Normenkontrollverfahren. Schade, denn dann würde der Bürger erfahren, daß fast 80-90% dieser Verfahren für die Gemeinden negativ verlaufen sind.

Schade, daß die Neuauflage der gig auch schon an Sachlichkeit vermissen läßt, aber Lernprozesse dauern bekanntlich an, hoffen wir auf einen Erfolg. Der Wunsch nach weiterem Erscheinen des Konkurrenzblattes bleibt bestehen.

CDU Fraktion  
Heinz Lunte

## CDU Holzhausen hat jetzt über 100 Mitglieder

Auf einer Vorstandssitzung des CDU-Ortsverbandes konnte der Bundestagsabgeordnete Dr. Karl-Heinz Hornhues das 100. Holzhauser CDU-Mitglied begrüßen. Unser Bild zeigt von links nach rechts: CDU-Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Ortsverbandes Holzhausen, Hans Menkhous und Theodor Elixmann, Bundestagsabgeordneter Dr. Karl-Heinz Hornhues, das 100. Mitglied, Herr Alfred Benschmann sowie der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Dieter König.



Auch Sie können Mitglied der CDU werden!